

Rede
Nr. 158/2026
Kiel, 17.06.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Fischerei gehört auf´s Meer und nicht ins Museum!

„Der SSW ist überzeugt: Wer die Fischerei erhalten will, darf sich nicht darauf beschränken, ihren Rückgang zu verwalten. Wer die Fischerei erhalten will, muss ihr eine Zukunft ermöglichen. Nicht als Museumsstück. Nicht als Nebenerwerb. Nicht ausschließlich als Dienstleister für Monitoring und Naturschutz. Sondern als lebendigen, modernen und wirtschaftlich tragfähigen Bestandteil unseres Landes.“

Christian Dirschauer zu TOP 20 - Zukunft und Existenzsicherung der Fischerei in Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung aller Sektoren (Drs. 20/4326)

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,
Große Anfragen haben meistens auch einen großen Mehrwert für die parlamentarische Debatte. Große Anfragen bedeuten aber immer auch eine Menge Arbeit für die Beteiligten. Deshalb möchte ich zunächst herzlichen Dank an das Ministerium sagen für diese Fleißarbeit.
Meine Damen und Herren, wenn wir heute über die Fischerei in Schleswig-Holstein sprechen, dann sprechen wir nicht nur über einen einzelnen Wirtschaftszweig.

Wir sprechen über einen Teil unserer Geschichte.
Wir sprechen über die Identität unserer Küstenregionen.
Wir sprechen über Familienbetriebe, die oft seit Generationen bestehen.
Wir sprechen über Häfen, die ohne Fischerei einen Teil ihres Charakters verlieren würden.

Und wir sprechen über Menschen, die jeden Tag auf See oder an unseren Binnengewässern arbeiten und regionale Lebensmittel erzeugen.

Deshalb lohnt es sich, bei dieser Debatte zunächst einen Blick auf die Fischerei insgesamt zu werfen. Denn die Große Anfrage zeigt sehr deutlich: Die Fischerei in Schleswig-Holstein ist nicht einheitlich. Die einzelnen Bereiche stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen.

Beginnen wir mit den Bereichen, die sich vergleichsweise stabil entwickelt haben. Die Muschelwirtschaft wird von der Landesregierung ausdrücklich als wirtschaftlich erfolgreicher Bereich beschrieben. Sie ist ein Beispiel dafür, dass nachhaltige Nutzung mariner Ressourcen und wirtschaftlicher Erfolg kein Widerspruch sein müssen. Die Muschelwirtschaft schafft Arbeitsplätze, erzeugt regionale Wertschöpfung und zeigt, dass maritime Nutzung auch unter anspruchsvollen ökologischen Rahmenbedingungen möglich ist.

Auch die Krabbenfischerei an der Nordsee steht derzeit wirtschaftlich besser da als andere Bereiche der Fischerei. Natürlich gibt es dort Herausforderungen. Die Konkurrenz um Flächen nimmt zu. Der Ausbau der Offshore-Windenergie verändert die Nutzungsstruktur der Nordsee. Und auch Diskussionen über weitere Schutzmaßnahmen werden aufmerksam verfolgt. Dennoch zeigt die Große Anfrage, dass die wirtschaftliche Situation dort derzeit deutlich günstiger ist als in anderen Bereichen.

Ganz anders sieht es dagegen bei der Binnenfischerei und der Teichwirtschaft aus. Hier beschreibt die Landesregierung die Situation selbst als äußerst angespannt. Die Betriebe leiden unter steigenden Kosten. Die Erträge gehen vielerorts zurück. Der Aalbestand hat sich negativ entwickelt. Und immer wieder wird auf die erheblichen Schäden hingewiesen, die durch Kormorane, Fischotter und andere Prädatoren entstehen. Besonders bemerkenswert finde ich dabei die Ehrlichkeit der Landesregierung. Denn sie räumt ein, dass viele Betriebe ohne zusätzliche Einkommensquellen, ohne Direktvermarktung oder ohne Fördermaßnahmen kaum noch wirtschaftlich überlebensfähig sind. Und sie erklärt sogar ausdrücklich, dass das langfristige Überleben der verbliebenen Teichwirtschaftsbetriebe bei unverändertem Prädatorendruck ohne öffentliche Unterstützung kaum möglich sein wird.

Meine Damen und Herren, wenn eine Landesregierung selbst zu dieser Einschätzung kommt, dann ist das ein deutliches Warnsignal. Denn hier sprechen wir nicht über irgendeinen Wirtschaftszweig. Wir sprechen über Betriebe, die vielerorts Teil unserer Kulturlandschaft sind und die häufig über Generationen hinweg aufgebaut wurden.

Die Große Anfrage zeigt damit ein gemischtes Bild. Es gibt Bereiche, die vergleichsweise stabil sind. Es gibt Bereiche, die unter erheblichem Druck stehen.

Und dann gibt es die Ostseefischerei. Und genau dort finden wir die wohl größte Herausforderung der schleswig-holsteinischen Fischereipolitik. Die Ostseefischerei befindet sich seit Jahren in einer Krise.

Der Zusammenbruch der Dorschbestände.

Die dramatische Entwicklung beim Hering.

Die Einschränkungen bei Fangquoten.

Steigende Betriebskosten.

Und ein zunehmender Strukturwandel haben viele Betriebe an ihre wirtschaftlichen Grenzen gebracht.

Zahlreiche Fischer haben ihren Betrieb bereits aufgegeben. Andere kämpfen um ihre Zukunft.

Die Große Anfrage macht deutlich, dass die Zahl der Betriebe weiter zurückgeht und dass auch die Landesregierung für die kommenden Jahre nicht mit einer Trendumkehr rechnet. Das allein wäre bereits eine große Herausforderung. Doch hinzu kommt ein weiterer Faktor. Mit dem Aktionsplan Ostseeschutz werden zusätzliche Schutzgebiete ausgewiesen. Dadurch gehen weitere Fanggründe verloren. Auch das wird von der Landesregierung ausdrücklich anerkannt. Sie stellt selbst fest, dass die neuen Schutzgebiete erhebliche wirtschaftliche Belastungen verursachen und dass die Auswirkungen für einzelne Betriebe existenzgefährdend sein können.

Meine Damen und Herren, ich finde, dass man an dieser Stelle fair bleiben muss. Die Landesregierung verschweigt diese Probleme nicht. Sie benennt sie. Sie erkennt die Belastungen an. Und sie hat versucht, darauf zu reagieren.

Genau deshalb müssen wir heute auch über die Zielvereinbarung zur Ostseefischerei sprechen. Die Zielvereinbarung zwischen Landesregierung, Landesfischereiverband und Fischereischutzverband soll die Folgen des Aktionsplans Ostseeschutz abmildern. Dafür werden über zehn Jahre hinweg jährlich 750.000 Euro bereitgestellt.

Zunächst einmal ist das ein wichtiges Signal. Denn es zeigt, dass die Landesregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Entscheidungen nicht ignoriert. Und selbstverständlich ist eine finanzielle Unterstützung besser als gar keine Unterstützung. Das möchte ich ausdrücklich anerkennen.

Aber: genau an diesem Punkt beginnt die politische Diskussion. Denn die entscheidende Frage lautet nicht nur, ob Geld bereitgestellt wird.

Die entscheidende Frage lautet: Wofür wird dieses Geld eingesetzt?

Wenn wir die Vereinbarung lesen, dann stellen wir fest, dass die Mittel überwiegend an bestimmte Leistungen gekoppelt werden. An Umweltmonitoring. An Datenerhebungen. An die Bergung verlorener Fanggeräte. An Schutzmaßnahmen. An freiwillige Einschränkungen im

Rahmen bestehender Vereinbarungen. Diese Maßnahmen sind sinnvoll. Sie können einen Beitrag zum Schutz der Ostsee leisten. Sie können wissenschaftliche Erkenntnisse verbessern. Sie können helfen, Umweltbelastungen zu reduzieren. Niemand wird das ernsthaft bestreiten.

Aber sie beantworten eine andere Frage als diejenige, die viele Fischer derzeit beschäftigt. Denn die Fischer fragen sich:

Wie kann ich meinen Betrieb langfristig wirtschaftlich weiterführen?

Wie kann ich meine Existenz sichern?

Wie kann ich meinen Betrieb an die nächste Generation übergeben?

Wie kann ich weiterhin vom Fischfang leben?

Und genau hier sehe ich die Schwäche der Vereinbarung. Sie schafft zusätzliche Einnahmemöglichkeiten. Sie kompensiert Belastungen. Sie erleichtert die Anpassung an neue Rahmenbedingungen. Aber sie entwickelt keine eigentliche Zukunftsstrategie für die Fischerei.

Die Fischer erhalten Geld, weil sie zusätzliche Umweltleistungen erbringen. Nicht weil die Rahmenbedingungen für die Fischerei selbst verbessert werden. Das ist ein wichtiger Unterschied. Man könnte es auch anders formulieren: Die Vereinbarung stärkt die Rolle der Fischer als Partner des Naturschutzes. Aber sie stärkt nur begrenzt ihre Rolle als Produzenten regionaler Lebensmittel. Und genau darüber müssen wir sprechen.

Denn wenn wir die Fischerei langfristig erhalten wollen, dann reicht es nicht aus, die Folgen politischer Entscheidungen finanziell abzufedern. Dann müssen wir auch darüber sprechen, wie die Fischerei selbst wirtschaftlich tragfähig bleiben kann. Deshalb vermisse ich in der Debatte einige wichtige Punkte.

Wo ist die Strategie zur Nachwuchsgewinnung?

Wo ist die Strategie zur Betriebsnachfolge?

Wo ist die Strategie zur Stärkung regionaler Vermarktung?

Wo ist die Strategie zur Erhöhung der Wertschöpfung?

Wo ist die Strategie zur besseren Einbindung der Fischerei in raumordnerische Entscheidungen?

Und wo ist die langfristige Perspektive für die Küstenfischerei in Schleswig-Holstein?

Denn genau diese Fragen werden darüber entscheiden, ob wir in zwanzig Jahren noch eine aktive Fischerei an unseren Küsten haben.

Meine Damen und Herren, der SSW steht ausdrücklich zum Schutz der Ostsee. Eine gesunde Ostsee liegt im Interesse aller. Im Interesse des Naturschutzes und selbstverständlich auch im Interesse der Fischerei selbst. Denn niemand hat ein größeres Interesse an gesunden Fischbeständen als diejenigen, die von ihnen leben.

Gerade deshalb dürfen wir Meeresschutz und Fischerei nicht als Gegensätze

betrachten. Die Fischer sind nicht das Problem. Sie müssen Teil der Lösung sein. Und sie müssen als Partner behandelt werden. Nicht nur bei der Umsetzung von Maßnahmen, sondern bereits bei deren Entwicklung.

Die Große Anfrage zeigt eindrucksvoll, wie groß die Herausforderungen mittlerweile geworden sind. Sie zeigt aber auch, dass die Landesregierung diese Herausforderungen kennt. Die Analyse liegt auf dem Tisch. Die Probleme sind beschrieben. Was jetzt fehlt, ist eine überzeugende Antwort auf die Frage, wie die Fischerei in Schleswig-Holstein langfristig aussehen soll.

Der SSW ist überzeugt: Wer die Fischerei erhalten will, darf sich nicht darauf beschränken, ihren Rückgang zu verwalten. Wer die Fischerei erhalten will, muss ihr eine Zukunft ermöglichen. Nicht als Museumsstück. Nicht als Nebenerwerb. Nicht ausschließlich als Dienstleister für Monitoring und Naturschutz. Sondern als lebendigen, modernen und wirtschaftlich tragfähigen Bestandteil unseres Landes.

Die Fischerei ist Teil unseres maritimen kulturellen Erbes – die Fischerei gehört auf´s Meer und nicht ins Museum!